



eing. 04/02.20

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Ratsfraktion Lüdenscheid

Fraktionsvorsitzender Jens Voß, Vusmecke 7, 58513 Lüdenscheid  
Tel.: 0 23 51 / 1 29 17, Handy: 0170 / 81 83 268, E-Mail: JensVoss@t-online.de

---

Lüdenscheid, 4. Februar 2020

Stadt Lüdenscheid  
Bürgermeister Dieter Dzewas  
Rathausplatz 2

58507 Lüdenscheid

**Antrag „Untersuchung der Vor- und Nachteile einer Stadtentwicklungspolitik mittels einer Stadtentwicklungsgesellschaft“ für den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 10. Februar 2020**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dzewas,  
lieber Dieter,

die SPD-Fraktion bittet, nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 10. Februar 2020 aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jens Voß'.

(Jens Voß, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid)

**Antrag „Untersuchung der Vor- und Nachteile einer Stadtentwicklungspolitik mittels einer Stadtentwicklungsgesellschaft“**

**Antrag:**

Die Stadtverwaltung untersucht Vor- und Nachteile einer Stadtentwicklungspolitik mittels einer Stadtentwicklungsgesellschaft im Vergleich zur bisherigen Umsetzung und stellt die Ergebnisse ihrer Untersuchung, die auch Erfahrungen anderer Städte gleicher Größenordnung mit Stadtentwicklungsgesellschaften einbezieht, im öffentlichen Teil der Ratssitzung am 25. Mai 2020 vor.

**Begründung:**

Lüdenscheid steht vor großen Herausforderungen. Bisher als Gewerbe- und Industriestandorte genutzte Gebiete werden als solche aufgegeben und sind einer sinnvollen Folgenutzung zuzuführen. Nachfrage nach neuen Gewerbe- und Industriestandorten einerseits aber auch nach Wohnstandorten andererseits müssen befriedigt werden.

Daher wird die Stadtverwaltung beauftragt, die Vor- und Nachteile einer Stadtentwicklungspolitik mittels einer Stadtentwicklungsgesellschaft im Vergleich zur bisherigen Umsetzung und unter Einbeziehung von Erfahrungen anderer Städte gleicher Größenordnung mit Stadtentwicklungsgesellschaften darzustellen.